



Sperrfrist für die Presse: 10. Juni 2010, 17:00 Uhr
--

90. Delegiertenversammlung des Verbandes schweizerischer Polizeibeamter VSPB vom 10./11. Juni 2010 in Luzern

Referat Max Chopard-Acklin, Nationalrat und Präsident der parlamentarischen Gruppe für Polizei- und Sicherheitsfragen

Die öffentliche Sicherheit ist eine Kernaufgabe des Staates

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Delegierte
Liebe Gäste

Es freut mich, als Gast an der 90. Delegiertenversammlung des Verbandes Schweizerischer Polizeibeamter (VSPB) hier in der wunderschönen Stadt Luzern teilnehmen zu dürfen.

An Ihrer Delegiertenversammlung besprechen Sie wichtige Verbandsgeschäfte und Sie greifen Themen auf, die Sie in Ihrem Berufsalltag als Polizist oder Polizistin beschäftigen. Ein Blick auf die Homepage Ihres Verbandes zeigt, wo der Schuh drückt. Es sind Themen wie:

- Personalmangel
- Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten
- Gewalt bei Sportveranstaltungen
- Übermässige Überstunden

Diese Liste ist sicher nicht abschliessend, aber Sie zeigt eine Tendenz auf, die die Öffentlichkeit und die Politik hellhörig machen sollte.

Die öffentliche Sicherheit ist eine Kernaufgabe des Staates. Und zwar auf kommunaler-, kantonaler- und nationaler Ebene. Es ist daher auch Aufgabe des Staates, die notwendigen Ressourcen zur Verfügung zu stellen, damit die tägliche Polizeiarbeit zur Zufriedenheit der Bevölkerung erledigt werden kann. Hier sind jedoch Lücken entstanden. Personalplafonierungen und Sparprogramme haben mancherorts zu personellen Unterbeständen geführt. Überstunden und Stress im Berufsalltag der Polizistinnen und Polizisten nehmen dadurch zu. Dazu kommen erschwerend neuere Phänomene wie Hooliganismus an Sportveranstaltungen und gesellschaftliche Entwicklungen, die nicht ohne Folgen bleiben.

Es bleibt nicht ohne Folgen, wenn die Ladenöffnungszeiten ständig ausgeweitet werden. Es bleibt nicht ohne Folgen, wenn die Nacht immer mehr zum Tag und der Sonntag immer mehr zum Werktag wird. Dieser Trend zur 24-Stunden Gesellschaft ist auch eine Sicherheitspolitische Herausforderung. Auch soziale Probleme, wie steigende Erwerbslosigkeit oder die Anonymisierung der Gesellschaft, bleiben nicht ohne Folgen. Es ist Aufgabe der Politik, sich mit solchen Problemstellungen auseinanderzusetzen und nicht einfach wegzusehen. Dies gilt auch für Bundesbern.



Parlamentarische Gruppe für Polizei- und Sicherheitsfragen

Die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit ist je länger je mehr zu einer Verbundausgabe geworden. Sicherheitsrelevante Problemstellungen und Ereignisse sind oft nicht nur lokal beschränkt. Unter dem Titel „Parlamentarische Gruppe für Polizei- und Sicherheitsfragen“ habe ich daher Ende 2009 eine parlamentarische Gruppe gemäss Art. 63 des Parlamentsgesetzes gegründet und auch das Präsidium der Gruppe übernommen. Als Vizepräsidentin amtiert Nationalrätin Andrea Geissbühler. Das Ziel unserer parteipolitisch offenen Gruppe ist es, polizeiliche und sicherheitspolitische Fragen von nationaler Bedeutung zu verfolgen. Dabei arbeiten wir aktiv mit dem Verband Schweizerischer Polizei-Beamter zusammen. So wird das Sekretariat der parlamentarischen Gruppe für Polizei- und Sicherheitsfragen durch den VSPB geführt und die Veranstaltungskosten werden ebenfalls vom VSPB getragen. Wir haben uns vorgenommen, mindestens einmal jährlich eine gemeinsame Veranstaltung zu Polizei- und Sicherheitsfragen von nationaler Bedeutung durchzuführen. Diese Informations- und Diskussionsveranstaltungen sollen jeweils im Umfeld der Session der eidgenössischen Räte durchgeführt werden.

Die Premierenveranstaltung fand bereits in der vergangenen Frühjahressession 2010 statt. Zwei Ständeräte und neun Nationalräte trafen sich dabei zum ersten Diskussionsabend unter dem Titel „Private Sicherheitsdienste: Braucht es ein Regulativ auf Bundesebene?“. Im Zentrum der Diskussion standen die privaten Sicherheitsdienste, bei welchen nach Ansicht der parlamentarischen Gruppe für Polizei- und Sicherheitsfragen Koordinationsbedarf besteht, da bis heute für Zulassungsbestimmungen, Handlungsspielräume, Qualitätssicherung und die Kontrolle privater Sicherheitsdienste in der Schweiz keine einheitlichen Richtlinien bestehen. An diesem Thema werden wir sicher dran bleiben. Dazu hängig ist auch noch der parlamentarische Vorstoss Chopard: *„Gesamtschweizerisch gleichwertiges Zulassungs- und Kontrollsystem für private Sicherheitsdienste“*. Mögliche weitere Zukunftsthemen für Veranstaltungen unserer parlamentarischen Gruppe könnten beispielsweise das Thema Gewalt und Gewaltprävention sein oder gewisse Privatisierungstendenzen polizeilicher Aufgaben, gerade auch in der Gesetzgebung des Bundes. Unsere parlamentarische Gruppe und der VSPB sind sich dabei absolut einig: Das Gewaltmonopol muss auf jeden Fall beim Staat bleiben und darf nicht an private übertragen werden.

Zum Schluss möchte ich Ihnen ein Zitat mit auf den Weg geben, das ich einem kleinen blauen Büchlein entnommen habe, das mir Ihr Präsident Heinz Buttauer kürzlich anlässlich meines Besuches an einer Sitzung des Zentralvorstandes des VSPB geschenkt hat. Es ist ein Zitat des Autoren Dr. Albert Wiesendranger, der 1928 bis 1958 Polizeiinspektor war und seine Gedanken zu Fragen des Lebens und des Berufes als Polizeibeamter niederschrieb.

Unter dem Titel „C'est le ton qui fait la musique“ ist unter anderem folgender Satz zu lesen: „Mit der Sprache kann man zaubern, wenn die nötige Kraft der Überzeugung dahintersteht.“

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen weiterhin einen guten Kongress und dass Sie im richtigen Moment den richtigen Ton, die richtigen Worte und die überzeugenden Argumente finden, um weiter voran zu kommen.

Max Chopard-Acklin, Nationalrat,
Präsident der parl. Gruppe für Polizei- und Sicherheitsfragen